

Hoffnung für Ziegetsberg?

ZIEGETSDORF (hr). In Ziegetsdorf trammeln die Unterstützer des Volksbegehrens „Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ besonders laut mit der Werbetrümmer. Und das hat einen eindeutigen Grund: Die Sendedichte und damit die Belastung erscheint den Stadtbewohnern außergewöhnlich hoch.

Schließlich steht hier der Fernschirm, der seit rund zwei Jahren besonders intensiv auch von den Mobilfunknutzern genutzt wird.

Ergebnisse, die der Deggenhofener FH-Professor Matthias Wuschek im November 2004 im Auftrag des Bayerischen Landesamts für Umweltschutz in Regensburg durchgeführt hat, brachten nur auf den ersten Blick Entwarnung. Zwar wurden in der Augsburgen Straße (Ecke Weiburgweg, im Weiburgweg (Ecke Stollbergweg), im Großen Weg sowie in der Eichendorffstraße lediglich Werte zwischen 0,14 und 2,04 Prozent des in Deutschland zulässigen Grenzwertes für Mobilfunk erreicht.

Doch hinzu rechnen muss man den Fernschirm, der diese Belastung nur Überraschung des Professors um ein Vielfaches übersteigt. Seiner Untersuchungen zu Folge bringen es die auf dem Betonpfeiler installierten Anlagen (neben Mobilfunkantennen auch Fernschirm und Radarsender) im Extremfall auf 40 Prozent des erlaubten Grenzwertes.

Bei einem Erfolg des Volksbegehrens mindestens sechs Prozent der Stimmberechtigten müssten ihre Unterschrift leisten. Dabei erhielt sich Maria Seber vom örtlichen Frauenbund, dass der Ziegetsberg von weiteren Sendeanlagen verschont wird. Als Nachweis wäre freilich nur die Eintragung im Ländtag abzuwarten. Findet sich dort keine Mehrheit für den Vorstoß des überparteilichen Bündnisses, kommt es zum Volksentscheid.

Frauenbund treibende Kraft

Der Frauenbund Ziegetsdorf zählt zu den treibenden Kräften der Mobilfunkkritik in Regensburg. Bei einer Aktion im Herbst 2000 sammelten Seber und ihre Mitarbeiterinnen 1200 Unterschriften, um eine Minimierung der Strahlenbelastung im Stadtbereich zu erwirken. Die Unterschriften wurden an OB Hans Schaidinger und den damaligen Umweltreferenten Dr. Hans-Joachim Hoffmann überreicht. Schaidinger schickte das Bündel umgehend an die Regierungsbehörde für Telekommunikation in Bonn, die Seber allein zuständig für die Genehmigung von Mobilfunkanlagen ist.

„Der Stadt sind die Hände gebunden“, sagte Schaidinger damals. Genau das wollen die Initiatoren des Volksbegehrens jetzt ändern. Allein Maria Seber wird in den nächsten Tagen 500 Info-Bücher in ihrer Nachbarschaft verteilen.